

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern stärken – Für Schutz, Vertrauen und innere Sicherheit

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Landes Mecklenburg-Vorpommern leisten täglich einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit, zur Durchsetzung des Rechtsstaates sowie zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger.
2. Die Landespolizei ist in den vergangenen Jahren erheblich stärker belastet worden. Insbesondere die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte hat deutlich zugenommen.
3. Neben der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung stellen insbesondere die Extremismusbekämpfung, Großlagen, Demonstrationseinsätze, Cyberkriminalität sowie zunehmende Verwaltungsaufgaben die Polizeibeschäftigten vor zusätzliche Herausforderungen.
4. Die Landespolizei leidet weiterhin unter personellen Engpässen, einer hohen Arbeitsbelastung sowie Problemen bei Nachwuchsgewinnung und Stellenbesetzung.
5. Der Hackerangriff auf die Diensthandys der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern hat erhebliche Schwächen der digitalen Infrastruktur und des Krisenmanagements des Ministeriums für Inneres und Bau offengelegt.

6. Vorgänge innerhalb des Ministeriums für Inneres und Bau haben das Vertrauen vieler Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in eine faire und leistungsbezogene Personalpolitik beschädigt. Insbesondere der Versuch der „Turbo-Beförderung“ eines Polizeibeamten hat zu massiver Kritik von Polizeigewerkschaften, Opposition und Medien geführt und das Vertrauen in die Anwendung des im Grundgesetz verankerten Leistungsprinzips bei der Beförderung nach Eignung, Leistung und Befähigung nachhaltig geschwächt. Der Bürgerbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern stellte im Zusammenhang mit dieser Beförderungsangelegenheit erhebliche Verstöße gegen geltendes Recht fest.
 7. Es bestehen nach Auffassung der Polizeigewerkschaften und der Polizeibeschäftigten unseres Landes weiterhin strukturelle Schwächen innerhalb der Landespolizei sowie erhebliche Defizite bei der Steuerung durch das Ministerium für Inneres und Bau, die ohne grundlegende Maßnahmen zu einer fundamentalen Strukturschwächung der Sicherheitsarchitektur unseres Landes führen werden.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
1. ein umfassendes Maßnahmenpaket zur personellen, technischen und organisatorischen Stärkung der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen.
 2. sämtliche offenen Stellen bei der Landespolizei schnellstmöglich zu besetzen und zusätzliche Stellen insbesondere im Bereich der Bekämpfung von Cyberkriminalität und Gewalt gegen die sexuelle Selbstbestimmung zu schaffen.
 3. die Zahl der Polizeianwärter deutlich zu erhöhen und zusätzliche Studienplätze für den Bereich Kriminologie und Verwaltung im nicht polizeilichen Dienst bereitzustellen.
 4. Beförderungen und Stellenbesetzungen in der Polizei ausschließlich nach den Kriterien Eignung, Befähigung und fachliche Leistung vorzunehmen.
 5. die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten durch geeignete Maßnahmen besser vor Gewalt im Einsatz zu schützen.
 6. die technische Ausstattung der Polizei umfassend zu modernisieren und an zeitgemäße einsatztaktische sowie digitale Standards anzupassen und alle notwendigen Übungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wie Schießtrainings und Lageübungen in ausreichendem Maß vorzuhalten.
 7. die IT-Sicherheitsstrukturen des Ministeriums für Inneres und Bau grundlegend zu verbessern und auf den neuesten Stand der Technik zu bringen und Verwaltungsaufgaben innerhalb der Polizei durch Digitalisierung und, wo möglich, Übertragung auf einen nicht polizeilichen Bereich zu reduzieren.
 8. das Angebot psychologischer Betreuung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nach besonders belastenden Einsatzsituationen und Ermittlungstätigkeiten zu optimieren.
 9. das Vertrauen in die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Landes zu stärken und durch klare politische Rückendeckung die Wertschätzung, Handlungssicherheit und gesellschaftliche Anerkennung für eine rechtmäßige und herausfordernde Dienstausübung zu fördern.

Begründung:

Die innere Sicherheit gehört zu den zentralen Aufgaben des Staates. Voraussetzung für einen funktionierenden Rechtsstaat ist eine leistungsfähige, personell gut ausgestattete und gesellschaftlich respektierte Polizei. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Mecklenburg-Vorpommern leisten tagtäglich unter schwierigen Bedingungen einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig haben sich die Belastungen für die Landespolizei in den vergangenen Jahren erheblich verschärft.

Die Zahl der Gewaltstraftaten gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ist deutlich angestiegen. Neben klassischen Einsatzlagen nehmen insbesondere Einsätze im Zusammenhang mit Extremismus, Demonstrationen, Cyberkriminalität sowie Großveranstaltungen kontinuierlich zu. Gleichzeitig beklagen Polizeigewerkschaften, Berufsvertretungen und Oppositionsfraktionen seit Jahren eine unzureichende personelle Ausstattung, hohe Überstundenbelastungen sowie Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung.

Hinzu kommen erhebliche strukturelle Defizite innerhalb des Ministeriums für Inneres und Bau und der Polizeiverwaltung. Besonders der Ausfall tausender Polizeidiensthandys infolge eines Hackerangriffs hat Schwächen in der digitalen Infrastruktur und im Krisenmanagement des Ministeriums für Inneres und Bau offengelegt. Eine moderne Polizei benötigt jedoch eine funktionierende und sichere digitale Infrastruktur, um ihre Aufgaben effektiv erfüllen zu können.

Darüber hinaus haben Vorgänge im Zusammenhang mit der Beförderung eines SPD-nahen Polizeibeamten außerhalb des Befähigungs- und Leistungsprinzips das Vertrauen vieler Polizeibeschäftigter in eine faire und rechtskonforme Personalpolitik beschädigt. Der Eindruck politischer Einflussnahme auf Beförderungsentscheidungen gefährdet die Motivation innerhalb der Polizei und beschädigt das Vertrauen in die Neutralität staatlicher Institutionen. Die Feststellungen des Bürgerbeauftragten zu möglichen Rechtsverstößen verstärken diesen Eindruck zusätzlich.

Kleine Anfragen und parlamentarische Initiativen unserer Fraktion haben wiederholt Defizite bei Personalplanung, Ausstattung, Überstundenentwicklung und Belastung der Polizei aufgezeigt. Auch die Gewerkschaft der Polizei weist seit Jahren auf erhebliche Missstände hin.

Eine leistungsfähige Polizei benötigt daher nicht nur öffentliche Anerkennung, sondern konkrete politische Unterstützung. Dazu gehören insbesondere mehr Personal, moderne technische Ausstattung, transparente Beförderungsstrukturen, eine bessere IT-Sicherheit, der Abbau unnötiger Bürokratie sowie eine stärkere psychologische Betreuung von Einsatzkräften.

Der Landtag setzt mit diesem Antrag ein klares Signal der Unterstützung für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten unseres Landes und fordert die Landesregierung auf, die bestehenden Defizite konsequent zu beheben und die Arbeitsbedingungen der Polizei nachhaltig zu verbessern.